

Bezirksverordnetenversammlung Beratung 19.01.2017

4. Öffentliche Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin

---

(...)

3. Einwohnerfrage Rudolf Harthun

**Bauabsicht Henriettenplatz (zusätzliche schriftliche Beantwortung erbeten)**

Die meisten Parteien bzw. Fraktionen haben sich mehr Bürgernähe und Bürgerbeteiligung vorgenommen.

1. Wenn überhaupt eine Änderung des Henriettenplatzes zum Zuge kommen sollte, wie stellen sich dann die Fraktionen unseres Bezirkes dazu, bei der künftigen Gestaltung des Henriettenplatzes die Anwohner bzw. die Bürgerinitiative Henriettenplatz mitwirken zu lassen?
2. Welche Form, welchen Zeitpunkt und welchen Verbindlichkeitsgrad stellen sich die Fraktionen vor?

Antwort der Fraktion der CDU

Sehr geehrter Herr Harthun,

die CDU-Fraktion hat sich bereits in der Vergangenheit bei den Bau- und Umgestaltungsvorhaben in unserem Bezirk für eine konsequente Beteiligung der jeweiligen Anwohnerinnen und Anwohner stark gemacht. So halten wir es auch weiterhin; auch bei einer möglichen Neugestaltung des Henriettenplatzes müssen die Anwohner und Bürgerinitiativen mit einbezogen werden.

Diese Einbeziehung der Anwohner muss unseres Erachtens zu einem möglichst frühen Zeitpunkt geschehen, also sobald Klarheit darüber herrscht, ob es überhaupt zu Veränderungen der baulichen Situation am Henriettenplatz kommen wird. Diese Mitwirkung der Anwohner kann aus unserer Sicht, nach einer umfassenden Information über die bestehenden Möglichkeiten bei einer Anwohnerversammlung, in Form von Ideenwerkstätten und –wettbewerben stattfinden, deren Ergebnisse mit einem, im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten, hohen Verbindlichkeitsgrad übernommen werden sollten.

Antwort der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Sehr geehrter Herr Harthun,

Ihre Einwohneranfrage beantworte ich gerne wie folgt:

zu 1. und 2.) Die BVV-Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen hat sich in der 4. Wahlperiode für das Bauvorhaben Seesener Straße 31-39 / Henriettenplatz für die Durchführung eines städtebaulichen Wettbewerbs an diesem so wichtigen Tor zur City West eingesetzt. Leider haben wir damit keine Mehrheit bei den anderen Fraktionen erzielen können. Der Antrag wurde auf Wunsch der anderen Fraktionen dahingehend umgewandelt, dass ein Wettbewerb lediglich zur Umgestaltung des Henriettenplatzes mit dem Investor zusammen initiiert und durchgeführt werden soll. In der Antwort auf diese Beschlussfassung der BVV (Drucksache

1537/4) hat der damals zuständige Stadtrat Herr Schulte mitgeteilt, dass in den Verhandlungen zum städtebaulichen Vertrag mit dem Investor auch „die Durchführung eines beschränkten konkurrierenden Verfahrens zur Neugestaltung des vom Vorhaben berührten Teils des Henriettenplatzes sowie der Wartehallen im Einvernehmen mit dem Land Berlin“ Thema ist. In dem städtebaulichen Vertrag, der im November 2016 abgeschlossen wurde, wurde daraufhin ein Workshop--Verfahren mit drei Freiflächenplanern für den von den Baumaßnahmen betroffenen Teil des Henriettenplatzes vereinbart, bei dem die Anwohner, die BVV und das Land Berlin zu beteiligen sind. Diese Formulierung bedeutet unter Umständen, dass nur dann ein solches Verfahren zum Tragen kommt, wenn tatsächlich Bereiche des Henriettenplatzes von der Baumaßnahme betroffen sind. Hierzu kann jedoch keine Aussage getroffen werden, ohne die genauen Pläne des Investors zu kennen.

Falls es – wie ich sehr hoffe – zu einer solchen Umgestaltung kommt, kann ich mir verschiedene Arten der Bürgerbeteiligung vorstellen, z.B. einen Planungsworkshop, oder einen runden Tisch oder selbstverständlich auch eine Einwohnerversammlung. Welche Art für diesen speziellen Prozess geeignet ist oder ob es am Ende eine Mischung sein wird, würde ich gerne im direkten Gespräch mit Ihnen und anderen Anwohnern entwickeln, da manchmal nicht für jeden Planungsschritt eine ganz große Runde das geeignete Diskussionsforum ist und es manchmal eher Sinn macht, dass z.B. eine kleinere Delegation von Anwohnern an einer konkreten Planungsaufgabe arbeitet. Auf jeden Fall sollten meines Erachtens Ergebnisse, die beispielsweise vielleicht in einem Planungsworkshop oder runden Tische mit einer Delegation von Anwohnern entwickelt wurden, in einer Einwohnerversammlung der breiten Öffentlichkeit zur Diskussion gestellt werden. Am Ende wird jedoch stets die BVV entscheiden, die von den Bürgern des Bezirks in die Verantwortung gewählt worden ist.

Grundlage für eine Umgestaltung des Platzes und eines dazugehörigen Workshop--Verfahrens ist jedoch die finanzielle Unterstützung durch den Investor, da der Bezirk über keine eigenen finanziellen Mittel für eine solche Maßnahme verfügt. Wie oben geschildert, ist das finanzielle Engagement des Investors an die Bedingung geknüpft, dass der Platz von dem Bauvorhaben betroffen sein muss.

Für den Fall, dass das Engagement des Investors aus o.g. Gründen entfällt, bitte ich die anderen Fraktionen der BVV, die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen dabei zu unterstützen, sich beim Land Berlin dafür einzusetzen, dass das Land einspringt. Eine Erfolgsgarantie dafür gibt es jedoch leider auch nicht.

Mit freundlichen Grüßen  
Jenny Wieland

Antwort der Fraktion der FDP:

Sehr geehrter Herr Harthun!

zu 1.) Die Freien Demokraten betrachten die parlamentarische Demokratie als bewährt und zeitgemäß. Ungeachtet dessen sind mehr Transparenz bei Entscheidungsprozessen und das Einbringen des Bürgerinteresses in Entscheidungsprozesse erforderlich. Alle Betroffenen haben die Möglichkeit, Ihre Interessen über die Fraktionen in die zuständigen Fachausschüsse und in die BVV zu tragen. Auch die Bürgerinitiative Henriettenplatz ist aufgefordert, über die Fraktionen ihre Belange in den Abwägungsprozess, der letztendlich in der BVV erfolgen

muss, einzubringen. Eine regelmäßige Information der BI über den Stand des Verfahrens durch das Bezirksamt erachten die Freien Demokraten als dringend erforderlich.

zu 2.) Wie bereits zu 1. ausgeführt, muss aus Sicht der Freien Demokraten der letztendliche Abwägungs- und Entscheidungsprozess in der BVV und den zuständigen Fachausschüssen erfolgen. Die gesetzlichen Grundlagen der Bauleitplanung mit ihren mehreren Stufen der Öffentlichkeitsbeteiligung sind aus unserer Sicht ausreichend, um die Interessen der BI einfließen zu lassen. Jedoch ist festzustellen, dass die Auswertung und die Berücksichtigung der Interessen der Betroffenen zu wünschen übrig lassen, so wie jüngst bei der Umgestaltung des Olivaer Platzes erneut festzustellen ist. Wenn sich Bürger und Initiativen mit rd. 600 Einwendungen im Rahmen der Bürgerbeteiligung zu Wort melden, die Auswertung durch das Bezirksamt jedoch - auch aus Gründen der Personalstärke - nicht zeitnah erfolgt sowie sich die Kriterien der Auswertung bei neutraler Betrachtung als sehr fragwürdig bezeichnen lassen, so wird der Ruf nach einer unabhängigen Auswertung laut. Die Freien Demokraten setzen sich hier für eine neutrale Auswertung durch ein zu berufendes Fachgremium ein, welches politisch unabhängig agiert.

Mit freundlichen Grüßen  
Johannes Heyne